Neue Richter*innenvereinigung
Zusammenschluss von Richterinnen und Richtern,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten e.V.

Landesverband
Berlin-Brandenburg

Gemeinsame Pressemitteilung

der Berliner Besoldungsallianz (DRB, DGB, dbb, HPR, VRiV) und der NRV Berlin

Berlin muss seine Beamten- und Richterschaft endlich verfassungsgemäß besolden!

Berliner Spitzenverbände des öffentlichen Dienstes und Richterverbände fordern verbindliche Zusagen der künftigen Koalition – Brandenburg hat bereits gehandelt

Berlin, 26. November 2026

Seit 2025 steht erneut höchstrichterlich fest: **Das Land Berlin hat seine Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte jahrelang verfassungswidrig zu niedrig besoldet**. Während Brandenburg inzwischen eine umfassende Neuregelung beschlossen hat und auch der Bund bereits daran arbeitet, steht eine Lösung in Berlin weiterhin aus.

„Es geht nicht um Geschenke des Staates. Es geht um unser Grundgesetz. Wer von seiner Beamten- und Richterschaft verlangt, täglich für Recht und Gesetz einzustehen, muss selbst ganz besonders die Verfassung achten. Die jahrelange verfassungswidrige Unteralimentation muss endlich beendet werden.“, erklärt **Dr. Daniel Uhlig,** Vorstandsmitglied des **Deutschen Richterbundes – Landesverband Berlin (DRB Berlin)** und Mitglied der Expertenrunde Besoldung des DRB-Bundesverbandes.

Feuerwehrleute, Lehrkräfte, Polizistinnen und Polizisten, Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter sowie die vielen anderen Beamtinnen und Beamten sorgen täglich dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Der Berliner Haushalt darf nicht auf deren Rücken konsolidiert werden, insbesondere nicht um den Preis der Unterschreitung der verfassungsrechtlich geschuldeten Mindestbesoldung. **Die Verfassung gilt auch dann, wenn das Geld knapp ist.** Ihre Einhaltung darf nicht davon abhängen, welche Mittel nach der Finanzierung anderer politischer Ausgabenwünsche übrigbleiben.

.

*www.neuerichter.de

Sprecherinnen des Landesverbands für Berlin:

Marianne Krause | Richterin am Amtsgericht | Amtsgericht Kreuzberg | marianne.krause@neuerichter.de
Sophie Theresa Straßer | Staatsanwältin | Senaltsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin | sophie.strasser@neuerichter.de

Neue Richter*innenvereinigung e.V. | Bundesbüro | Greifswalder Str. 4 | 10405 Berlin | Tel: 030-4202 2349
Mobil 0176 567 996 48 | bb@neuerichter.de | www.neuerichter.de

Dazu **Daniela Ortmann, Vorsitzende des Hauptpersonalrates** des Landes Berlin: **„Politik muss sich entscheiden: Entweder sind wir ein Rechtsstaat oder wir sind keiner; er ist nicht teilbar! Und der Rechtsstaat muss auch für Beamtinnen und Beamte gelten.“**

Auch die Zukunftsfähigkeit des Berliner öffentlichen Dienstes steht auf dem Spiel. Berlin konkurriert mit Brandenburg, dem Bund und anderen Ländern um qualifizierte Fachkräfte. **„Die verantwortungsvolle Tätigkeit von Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen, Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten muss auch in Zukunft attraktiv bleiben. Nur wer angemessen besoldet wird, kann unabhängig und rechtsstaatlich arbeiten“,** erklärt **Sophie Straßer, Sprecherin des Landesverbandes der Neuen Richter*innenvereinigung.**

Wer über Jahre hinweg verfassungswidrig besoldet und die notwendige Korrektur erst nach langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen vornimmt, beschädigt das Vertrauen in den Staat als Dienstherrn und erschwert die Gewinnung und Bindung von Personal. Das Ausmaß der Auseinandersetzungen ist erheblich: In seiner Entscheidung von 2025 verweist das Bundesverfassungsgericht auf **rund 100.000 ruhend gestellte Widerspruchsverfahren** sowie **weitere 2.000 bis 3.000 Klageverfahren** im Zusammenhang mit der Berliner Besoldung.

„Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben die Berliner Landesregierungen seit vielen Jahren regelmäßig darauf hingewiesen, dass das Land seinen verbeamteten Beschäftigten zu wenig Besoldung zahlt – vergeblich.“, kommentiert **Katja Karger, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg. „Leider wurden unsere Hinweise und die Widersprüche in den letzten zwanzig Jahren ignoriert und die Verantwortung auf die jeweils nachfolgende Regierung abgeschoben. Die Beamtinnen und Beamten erwarten, dass das Land Berlin jetzt endlich ein verfassungskonformes und faires Nachzahlungsgesetz für die vergangenen Jahre auf den Weg bringt“**, fordert die DGB-Vorsitzende.

Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigt der Blick nach Brandenburg. Das Nachbarland hat im Oktober 2026 seine Besoldung neu geregelt. Bei einzelnen Besoldungsgruppen ergeben sich dadurch **Unterschiede gegenüber Berlin** in Höhe von **mehreren Hundert Euro** monatlich. Bei Richterinnen und Richtern in höheren Erfahrungsstufen erreichen die Berliner Rückstände sogar **bis zu 1.300 Euro brutto** – und zwar **monatlich**.

Angesichts der gemeinsamen Institutionen der Länder ergeben sich skurrile Ergebnisse: Eine nach der Brandenburger R1-Besoldung besoldete Richterin in der höchsten Erfahrungsstufe würde nach Beförderung an das gemeinsame Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg **weniger verdienen als vor ihrer Beförderung.** Denn dort gelten die Berliner Besoldungsvorschriften.

Betroffene	**Rückstand** Berlins auf Brandenburg monatlich (Grundbesoldung)
Eine Geschäftsstellenkraft (A6) am Berufsanfang	ca. **230 € brutto** monatlich
Ein Brandmeister (Feuerwehr, A7) am Berufsanfang	ca. **320 € brutto** monatlich
Ein/e Rechtspfleger/in (Gericht, A9) oder ein Hauptbrandmeister (Feuerwehr, A9) am Berufsanfang	ca. **415 € brutto** monatlich
Ein Revierförster / Forstaufsicht (hier A10) auf der höchsten Erfahrungsstufe	ca. **561 € brutto** monatlich
Ein Lehrer (Studienrat, A13) oder ein Brandoberamtsrat (Feuerwehr, A13) am Berufsanfang	ca. **900 € brutto** monatlich
Ein Richter (R1) am Berufsanfang	ca. **750 € brutto** monatlich
Ein Richter (R1) auf der höchsten Erfahrungsstufe	ca. **1.200 € brutto** monatlich
Ein Vorsitzender Richter (R2) der höchsten Erfahrungsstufe	ca. **1.300 € brutto** monatlich
Ein Finanzbeamter (hier als Oberregierungsrat, A14) auf der höchsten Erfahrungsstufe	ca. **970 € brutto** monatlich

Die Verbände fordern verbindliche Entscheidungen

Auf Initiative des DRB Berlin haben sich die beteiligten Organisationen zusammengeschlossen, um die Forderung nach verfassungsgemäßer Besoldung mit gemeinsamer Stimme an die künftige Landesregierung zu richten. **„Besoldungsreparatur jetzt und für Alle! Koalitionsstart mit Rechtsbruch und Fortsetzung der verfassungswidrigen Unteralimentation?"**, kommentiert **dbb Landeschef Frank Becker** den verfassunswidrigen Zustand.

„Das Land Berlin muss die Verfassungsmäßigkeit der Besoldung im Hier und Jetzt gewährleisten! Wir fordern nicht nur eine Reparatur der Besoldung bis einschließlich 2020, sondern die Einhaltung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auch für den Zeitraum danach", sagt **Dr. Robert Ullerich**, Vorsitzender des **Vereins der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter in Berlin e.V.**

Die Berliner Besoldungsallianz und die weiteren unterzeichnenden Verbände fordern:

1. **Die umgehende verfassungskonforme Neuordnung der künftigen Berliner Besoldung** spätestens bis zum 31. März 2027 mit Rückwirkung ab 1. Januar 2026.

2. **Die Verabschiedung verfassungskonformer Nachzahlungsgesetze für die Jahre 2008-2025** unter Einhaltung der für die beanstandete Besoldung vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist bis zum 31. März 2027. Auch wer auf seinen Dienstherrn vertraut und auf rechtliche Schritte verzichtet hat, darf dabei keinen Nachteil erleiden.

Unterzeichnende Organisationen

Berliner Besoldungsallianz, Zusammenschluss aus:

- Deutscher Richterbund – Landesverband Berlin e. V.
- DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg
- dbb beamtenbund und tarifunion berlin
- Hauptpersonalrat des Landes Berlin
- Verein der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter in Berlin e. V.

Die Berliner Besoldungsallianz tritt für eine verfassungskonforme, faire und konkurrenzfähige Besoldung und Versorgung im Land Berlin ein.

Weitere unterzeichnende Organisation:

- Neue Richter*innenvereinigung (NRV), Landesverband Berlin

Pressekontakt:
Katrin Schönberg (Co-Vorstandsvorsitzende des DRB Berlin)
katrin.schoenberg@drb-berlin.de
030/9015 2181

Dr. Daniel Uhlig (Vorstandsmitglied des DRB Berlin), Besoldungsexperte des DRB
daniel.uhlig@drb-berlin.de